

Satzung

§ 1 Name und Sitz

Der Verein führt den Namen Asylplus e.V.

Der Sitz des Vereins ist München.

§ 2 Geschäftsjahr

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 3 Zweck des Vereins

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Zweck des Vereins ist die Förderung von Volks- und Berufsbildung (§52 Abs.2 Satz 1 Nr.(n) 7 AO, sowie die Förderung der Hilfe für politisch, rassisch oder religiös Verfolgte, für Flüchtlinge und Kriegsoffer (§52 Abs. 2 Satz 1 Nr.(n) 10 AO).

Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere Förderung von Asylbewerbern, aber auch Migranten, beim Erlernen der deutschen Sprache baldmöglichst nach ihrem Eintreffen in Deutschland, damit sich diese

- besser und selbstständig in ihrer neuen Lebenssituation zurechtzufinden
- für den deutschen Arbeitsmarkt zu qualifizieren
- für Schule, Universität oder Berufsausbildung fit zu machen
- auch auf eine mögliche Rückführung und Reintegration in ihrem Herkunftsland vorzubereiten.

Zur Verwirklichung des Satzungszweckes bietet der Verein für interessierte Asylbewerbern in erster Linie Unterstützung beim Erlernen der deutschen Sprache an. Wenn notwendig können auch Alphabetisierung in lateinischer Schrift und Erwerb mathematischer Kenntnisse, mindestens auf Hauptschul-Niveau, angeboten werden. Sprachlich bereits fortgeschrittenen Teilnehmern sollen darüber hinaus auch die Grundlagen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens vermittelt werden, einschließlich der rechtlichen Voraussetzungen zur Erlangung eines Aufenthaltsstatus.

Der Verein ist politisch unabhängig und konfessionell nicht gebunden. Er spricht sich gegen Gewalt sowie gegen Diskriminierung aufgrund des Geschlecht, der Religion, der Hautfarbe, der Herkunft oder einer Behinderung aus.

Der Satzungszweck kann mit einer 2/3 Mehrheit geändert werden

§ 4 Selbstlose Tätigkeit

Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

§ 5 Mittelverwendung

Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

§ 6 Verbot von Begünstigungen

Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 7 Erwerb der Mitgliedschaft

Vereinsmitglieder können natürliche Personen oder juristische Personen werden.

Der Aufnahmeantrag ist schriftlich zu stellen.

Über den Aufnahmeantrag entscheidet der Vorstand.

Gegen die Ablehnung, die keiner Begründung bedarf, steht dem/der Bewerber/in die Berufung an die Mitgliederversammlung zu, welche dann endgültig entscheidet.

§ 8 Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss, Tod oder Auflösung der juristischen Person.

Der Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber einem vertretungsberechtigten Vorstandsmitglied. Die schriftliche Austrittserklärung muss mit einer Frist von einem Monat jeweils zum Ende des Geschäftsjahres gegenüber dem Vorstand erklärt werden.

Ein Ausschluss kann nur aus wichtigem Grund erfolgen. Wichtige Gründe sind insbesondere ein die Vereinsziele schädigendes Verhalten, die Verletzung satzungsmäßiger Pflichten oder Beitragsrückstände von mindestens einem Jahr. Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand. Gegen den Ausschluss steht dem Mitglied die Berufung an die Mitgliederversammlung zu, die schriftlich binnen eines Monats an den Vorstand zu richten ist. Die Mitgliederversammlung entscheidet im Rahmen des Vereins endgültig. Dem Mitglied bleibt die Überprüfung der Maßnahme durch Anrufung der ordentlichen Gerichte vorbehalten. Die Anrufung eines ordentlichen Gerichts hat aufschiebende Wirkung bis zur Rechtskraft der gerichtlichen Entscheidung.

§ 9 Beiträge

Von den Mitgliedern werden Beiträge erhoben. Die Höhe der Beiträge und deren Fälligkeit bestimmt die Mitgliederversammlung.

§ 10 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind

- die Mitgliederversammlung
- der Vorstand
- die Geschäftsführung
- der Beirat

§ 11 Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung ist das oberste Vereinsorgan. Zu ihren Aufgaben gehören insbesondere die Wahl und Abwahl des Vorstands, Entlastung des Vorstands, Entgegennahme der Berichte des Vorstandes, Wahl der Kassenprüfer/innen

Festsetzung von Beiträgen und deren Fälligkeit, Beschlussfassung über die Änderung der Satzung, Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins, Entscheidung über Aufnahme und Ausschluss von Mitgliedern in Berufungsfällen sowie weitere Aufgaben, soweit sich diese aus der Satzung oder nach dem Gesetz ergeben.

In der Regel findet im ersten Quartal, spätestens jedoch in der ersten Hälfte eines jeden Geschäftsjahres eine ordentliche Mitgliederversammlung statt.

Außerordentliche Mitgliederversammlungen, bzw. Mitgliederentscheide können auch auf elektronischem Wege, wie Fax, Email oder SurveyMonkey abgehalten werden.

Der Vorstand ist zur Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung verpflichtet, wenn mindestens ein Drittel der Mitglieder dies schriftlich unter Angabe von Gründen verlangt.

Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von einem Monat schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung des Einladungsschreibens folgenden Tag. Das Einladungsschreiben gilt als den Mitgliedern zugegangen, wenn es an die letzte dem Verein bekannt gegebene Anschrift gerichtet war.

Die Tagesordnung ist zu ergänzen, wenn dies ein Mitglied bis spätestens eine Woche vor dem angesetzten Termin schriftlich beantragt. Die Ergänzung ist zu Beginn der Versammlung bekanntzumachen.

Anträge über die Abwahl des Vorstands, über die Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereins, die den Mitgliedern nicht bereits mit der Einladung zur Mitgliederversammlung zugegangen sind, können erst auf der nächsten Mitgliederversammlung beschlossen werden.

Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Die Mitgliederversammlung wird von einem Vorstandsmitglied geleitet.

Zu Beginn der Mitgliederversammlung ist ein Schriftführer zu wählen.

Jedes Mitglied hat eine Stimme. Das Stimmrecht kann nur persönlich oder für ein Mitglied unter Vorlage einer schriftlichen Vollmacht ausgeübt werden.

Bei Abstimmungen entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Satzungsänderungen und die Auflösung des Vereins können nur mit einer Mehrheit von 2/3 der anwesenden Mitglieder beschlossen werden.

Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen bleiben außer Betracht.

Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll anzufertigen, das vom Versammlungsleiter und dem Schriftführer zu unterzeichnen ist.

§ 12 Vorstand

Der (Gründungs-) Vorstand im Sinn des § 26 BGB besteht zunächst nur aus dem 1. Vorsitzenden. Er vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich.

Binnen eines Jahres soll der Vorstand auf mindestens drei Personen erweitert werden und besteht dann aus mindestens dem/der 1. und 2. Vorsitzenden und dem/der Schatzmeister / Schatzmeisterin. Sie vertreten den Verein gerichtlich und außergerichtlich. Der 1. Vorsitzende oder der 2. Vorsitzende vertreten den Verein jeweils allein, bzw. zwei Vorstandsmitglieder gemeinsam.

Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von einem Jahr gewählt.

Vorstandsmitglieder können nur Mitglieder des Vereins werden. Wiederwahl ist zulässig. Der Vorstand bleibt solange im Amt, bis ein neuer Vorstand gewählt ist.

Bei Beendigung der Mitgliedschaft im Verein endet auch das Amt als Vorstand.

§ 13 Geschäftsführung

Die laufenden Geschäfte können einer Geschäftsstelle übertragen werden, die von einem/einer Geschäftsführer(in) geleitet wird. Der/die Geschäftsführer(in) wird vom Vorstand berufen und ist diesem verantwortlich.

§ 14 Beirat

Der Beirat steht dem Verein, speziell dem Vorstand als beratendes Gremium zur Verfügung, insbesondere in Fragen der Weiterentwicklung des Satzungszweckes, Asyl- und Aufenthaltsrecht, Vereins- und Steuerrecht.

Dieser wird vom Vorstand berufen / abberufen und kann aus bis zu 6 Personen bestehen.

§ 15 Kassenprüfung

Die Mitgliederversammlung wählt für die Dauer von einem Jahr eine/n Kassenprüfer/in.

Diese/r darf nicht Mitglied des Vorstands sein.

Wiederwahl ist zulässig.

§ 16 Auflösung des Vereins

Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine andere steuerbegünstigte Körperschaft zwecks Verwendung für die Förderung von Volks- und Berufsbildung (§52 Abs.2 Satz 1 Nr.(n) 7 AO, sowie die Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte, für Flüchtlinge und Kriegsoffer (§52 Abs. 2 Satz 1 Nr.(n) 10 AO).

25. April 2015